

Von der Schwierigkeit, solidarisch zu sein

Ein Bericht aus der Forschung

Eine Gesellschaft braucht Solidarität, darin sind sich fast alle einig. Weniger Einigkeit besteht darüber, was das bedeutet. Wie genau manifestiert sich Solidarität, wie wandelt sie sich und wie kann man sie von anderen Formen kollektiven Handelns abgrenzen? Dieser Beitrag widmet sich am Beispiel der Hilfe für Geflüchtete im 20. und 21. Jahrhundert einigen der umstrittenen Fragen, die sich für die sozialwissenschaftliche Forschung aus dem Solidaritätsbegriff ergeben. Im Zentrum steht das Konzept einer politischen Solidarität zwischen Hilfe und Aktivismus und dessen Ambivalenzen, das sozialphilosophisch verortet und an empirischen Beispielen ausgeführt wird.

SOPHIA DAFINGER, EVA FLEISCHMANN, KAROLIN-SOPHIE STÜBER

1 Einführung

Beinahe täglich wird der Verfall gesellschaftlicher Solidarität beklagt, beinahe täglich wird Solidarität eingefordert oder proklamiert. Ist sie also ein soziales Faktum, dessen Existenz gemessen und dessen Schwinden beziffert werden kann – oder ist sie vielmehr ein politisches Projekt, das unterschiedliche Gesichter, Konjunkturen und Ziele haben kann? Ist sie ein normatives Konzept des Zusammenhalts (Bude 2019) oder eine spezifische Form sozialen Handelns und elementarer Teil sozialer Beziehungen (Adamczak 2017)? Ist sie vor allem eine Form der kollektiven Selbstbeschreibung revolutionärer (oder sich revolutionär gebender) Akteure (etwa Helm 2018 sowie Bösch et al. 2018)? Und verändern sich in modernen Gesellschaften die Formen der Solidarität?

Nicht nur im medialen Diskurs, auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften ist höchst umstritten, was Solidarität ist oder sein könnte. Und dennoch: Für das Verständnis dessen, was Gesellschaft ausmacht, scheint Solidarität zentral zu sein. Sie fordert die Annahme heraus, primär eigensüchtige Menschen müssten durch Regeln und Normen zu ihrem eigenen Besten kontrolliert werden, um in kleinen oder größeren Gruppen (über-)leben zu können. Auch die Tatsache, dass die Solidarität in Zeiten, die als krisenhaft wahrgenommen werden, verstärkt angerufen wird, ist Anlass genug, sowohl die Gründe für ihre Attraktivität als auch ihre Ambivalenzen zu untersuchen. Seit Februar 2018 arbeitet deshalb ein interdiszi-

plinäres Team der Ludwig-Maximilians-Universität München, der Hochschule für Philosophie München sowie der Universität Augsburg an einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojekt mit dem Titel „Praktiken der Solidarität. Strukturen und Dynamiken transnationaler Solidarität im 20. und 21. Jahrhundert“. Philosoph*innen, Historiker*innen und Soziolog*innen erforschen in diesem Rahmen gemeinsam Geschichte und Gegenwart von Begriff und Konzept der Solidarität. Und gerade in den unterschiedlichen Zugängen zur und Widersprüchen der Solidarität liegt der eigentliche Reiz des Vorhabens.

Wir argumentieren für ein politisches Verständnis von Solidarität, da sich solidarische Praktiken in die politischen Aushandlungen der Grundlagen gesellschaftlicher Gemeinschaften einschalten: Was als „gerecht“, als „gut“ oder als „richtig“ gilt, wird in pluralen Gesellschaften stets von Neuem verhandelt, erstritten und erkämpft. Das zentrale Argument lautet, dass sich politische Solidarität stets in der Praxis realisieren muss und als Modus der gesellschaftlichen Transformation und Kritik verstehen lässt, der manche Menschen in ein solidarisches „Wir“ ein- und andere ausschließt und daher immer auch Ambivalenzen aufweist. Solidarische Praktiken changieren stets zwischen Hilfe und Aktivismus und können oftmals nicht trennscharf von anderen Formen kollektiven Handelns abgegrenzt werden.

Politische Solidarität, wie wir sie verstehen, lässt sich als sozialphilosophisches Konzept beschreiben, welches zugleich historisch geformt und durch Erfahrungen sozialer Praxis geprägt ist, die bis in unsere Gegenwart hinein-

wirken. Erst im Wechselspiel der unterschiedlichen disziplinären Perspektiven kann die Komplexität und Ambivalenz des Solidaritätsbegriffs angemessen erfasst werden.

Ein erstes Untersuchungsfeld unseres Gesamtprojekts beschäftigt sich mit solidarischen Initiativen, deren Mitglieder Geflüchteten zur Seite stehen wollen oder wollten. Aus historischer sowie aus soziologischer Perspektive wird nach den Motivationen, Dynamiken und Folgen sogenannter Geflüchtetenhilfe gefragt. Dabei blickt das historische Projekt auf drei empirische Fälle: Auf die Praktiken französischer Hilfsorganisationen für Minderjährige auf der Flucht vor dem Nationalsozialismus (Sophia Dafinger), die Entstehung einer Asylhilfebewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre (Bastian Högg) und die Hilfe für Kinder und Jugendliche seit Beginn der 1990er Jahre (Jan Neubauer). Die soziologische Studie untersucht den „Sommer der Migration“ 2015 und die von ihm angestoßenen Unterstützungsstrukturen und -netzwerke am Beispiel Münchens (Eva Fleischmann).

Eine soziologische sowie eine philosophische Arbeit fokussieren gemeinsam ein zweites Problemfeld: Die Mechanismen des Zusammenhalts im Europa der Gegenwart. Die soziologische Untersuchung zum solidarischen Gesundheitswesen in Griechenland (Mirko Broll) interessiert sich insbesondere für die Frage, wie die entsprechenden Akteur*innen auf die Krise der staatlichen Gesundheitsversorgung reagierten (vgl. auch den Beitrag von Chatzimichali in diesem Heft). Die philosophische Studie entwickelt, angelehnt an die Arbeiten Hannah Arendts, ein Konzept des solidarischen Handelns als politisches Handeln auf der Basis eines „Denkens ohne Geländer“ (Karolin-Sophie Stüber).

Einen dritten Schwerpunkt bildet die Frage nach solidarischen Praktiken in einer globalisierten Weltwirtschaft. Alexander Heindl konzeptualisiert sozialphilosophisch das politische Potenzial von unterschiedlichen Formen kollektiven Handelns und wirft die Frage nach der Kontingenz bzw. Veränderbarkeit von politischen Gemeinschaften sowie nach der Kritik solidarischer Praktiken auf. Die entsprechende historische Studie beschäftigt sich mit den Versuchen von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Initiativen, ein Modell „fairer Arbeit“ auf internationaler Ebene zu entwickeln, das den Veränderungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie seit den 1960er-Jahren gerecht werden würde (Kornelia Rung).

darität an (vgl. auch den Beitrag von Reder/Heindl in diesem Heft): Konzeptionen *sozialer Solidarität* nehmen die innere Bindekraft von Gemeinschaften in den Blick, die geteilten Interessen und Identitäten und die daraus resultierenden normativen Verpflichtungen. Im Hintergrund steht dabei eine Vorstellung von Solidarität als sozialem Band, welches Zusammenhalt und Stabilität von Gemeinschaften gewährleisten soll und dessen Fehlen oder Brüchigkeit oftmals als Entsolidarisierung von Gesellschaften beschrieben wird (etwa Bude 2019).

In unserem Forschungszusammenhang wird indes eine Konzeption von *politischer Solidarität* fokussiert, die sich als transformative und sozialkritische Kraft begreifen lässt. In diesem Solidaritätsverständnis soll nicht die Homogenität von Gemeinschaften gesucht oder hergestellt werden, sondern die Pluralität von Gesellschaften anerkannt und zum Ausgangspunkt genommen werden. Diese Perspektive ermöglicht es, die Ambivalenzen von Solidarität und zugleich die Vielfalt individueller und kollektiver Partizipationsmöglichkeiten in den Blick zu nehmen. Diese Akzentuierung politischer Solidarität unterscheidet sich insofern von Konzeptionen sozialer Solidarität, als sie von der Veränderbarkeit von Gesellschaften, dem dynamischen Moment des Politischen und der Pluralität von Praktiken ausgeht. Das solidarische „Wir“ ist somit in dynamischer Pluralität zu denken – nicht in statischer Homogenität.

In dieser Perspektive lässt sich Solidarität nur in einem unlösbaren Verhältnis von Inklusion und Exklusion denken: Es gibt immer ein solidarisches „Wir“, das sich von einem „Sie“, nämlich den Anderen, abgrenzt. So werden stets manche Menschen ein- und andere ausgeschlossen (wer steht innerhalb und wer außerhalb der Familie, der Stadtgemeinschaft, der nationalstaatlichen Gesellschaft, der Europäer*innen usw.). Konzeptionen politischer Solidarität betonen die Pluralität und Vielfalt dieser Praktiken, ihre Ein- und Ausschlussmechanismen und Ambivalenzen und schließlich ihre Handlungsformen mit daraus resultierender gesellschaftlicher Gestaltungsmacht.

Eine Schwierigkeit besteht darin, Solidarität im begrifflichen Feld zwischen Hilfe und Aktivismus zu verorten: Inwiefern unterscheidet sich Solidarität beispielsweise von der klassischen Nachbarschaftshilfe oder dem politischen Aktivismus? Einerseits ist eine scharfe begriffliche Abgrenzung im konkreten Fall oftmals sehr schwierig – wie im Folgenden an empirischen Fällen ausgeführt werden soll –, andererseits können dennoch konzeptionelle Unterschiede betont werden: Während die Hilfe am besonderen (Not-)Fall orientiert ist und diesen lösen, unterstützen oder auffangen möchte, sind solidarische Praktiken zwar meist ebenso am konkreten Einzelfall orientiert, aber zielen darüber hinaus auf eine allgemeinere, nämlich politische Ebene ab. Solidarische Praktiken wollen in der Regel nicht nur die konkrete prekäre oder ungerechte Situation ändern oder verbessern, sondern zielen auch auf eine Veränderung der strukturellen und

2 Die Ambivalenzen von Solidarität: zwischen Hilfe und Aktivismus

Aus sozialphilosophischer Sicht bietet sich die von Kurt Bayertz (1998) und Sally Scholz (2008) vorgeschlagene terminologische Trennung von sozialer und politischer Soli-

politischen Ursachen, durch die diese Situation hervorgerufen oder bedingt wurde. So rettet beispielsweise die zivile Seenotrettung nicht nur konkret Menschenleben, sondern setzt sich auch politisch dafür ein, dass es sichere Fluchtwiege nach Europa gibt. Damit will sie ihre eigene Praxis gewissermaßen überflüssig machen. Ein weiterer konzeptioneller Unterschied, der sich jedoch in der Praxis ebenfalls nicht immer eindeutig zeigt, liegt in der spezifischen Beziehungsweise der beteiligten Akteur*innen der Praktiken: Während die Hilfe in der Regel nicht auf Augenhöhe zwischen helfender und hilfsbedürftiger Person vollzogen wird und es auch nicht das explizite Ziel ist, die zwischen ihnen bestehende Ungleichheit zu beheben, wird in solidarischen Praktiken oftmals die Reziprozität oder die Egalität der beteiligten Menschen betont und die Transformation der Ungleichheit angestrebt – zumindest dem Anspruch nach, auch wenn konkrete Praktiken daran regelmäßig scheitern.

Die Solidarität changiert somit zwischen der konkreten Hilfe und dem oftmals abstrakteren Aktivismus: Zumeist haben solidarische Praktiken einen konkreten Anlass – wie z. B. einen Mangel, einen Notstand oder eine wahrgenommene Ungerechtigkeit –, jedoch weisen sie über den Einzelfall hinaus und zielen auf die Veränderung auch des politischen Rahmens. So lassen sich plurale solidarische Praktiken als Modus und Motor von gesellschaftlicher Transformation und Kritik verstehen, durch die Gestaltungsmacht in der politischen Aushandlung des gemeinsamen Zusammenlebens erlangt werden kann (Heindl/Stüber 2019). Solidarität, die im Handeln praktisch wird, schaltet sich insofern in den politischen Diskurs ein, sucht nach Lösungen und nimmt aktiv Stellung zur grundlegenden Frage: Wie wollen wir eigentlich politisch und gesellschaftlich zusammenleben?

Diesen grundlegenden Fragen, den Ambivalenzen der Solidarität im Spannungsfeld von Unterstützung, politischer Gestaltung und gesellschaftlicher Transformation spüren die empirischen Projekte nach. Der Blick auf die Geschichte und Gegenwart des Engagements für Geflüchtete bietet sich für eine solche Perspektive an, spielt hier doch die Entwicklung moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit eine ebenso zentrale Rolle wie das Engagement zivilgesellschaftlicher Initiativen. Um unsere Forschungsstrategie zu konkretisieren, greifen wir in den beiden folgenden Abschnitten jeweils einen exemplarischen Untersuchungsfall aus dem vorigen und aus diesem Jahrhundert heraus.

3 Solidarität, Unterstützung und Widerstand im 20. Jahrhundert

Als es in den 1930er Jahren in Europa zu einer von Verfolgung und Terror des NS-Regimes ausgelösten „Flücht-

lingskrise“ kam, übernahmen private Organisationen eine Reihe von Aufgaben, die heute klassische Aufgaben des Staates wären. Sich um Geflüchtete zu kümmern bedeutete zuallererst Unterbringung und Verpflegung. Dennoch zeigt sich auch hier, dass die Unterscheidung zwischen Hilfe und solidarischem Handeln keineswegs leicht zu treffen ist.

Am Beispiel der Tätigkeit der jüdischen Hilfsorganisation „Œuvre de Secours aux Enfants“ (OSE) im Frankreich der 1930er und 1940er Jahre lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur aktuellen Debatte erläutern. Die ursprünglich in Russland gegründete OSE veränderte ihr Gesicht in der Folge der nationalsozialistischen Machtübernahme im Jahr 1933 rasant. Denn die Ankunft zahlreicher ohne Eltern geflüchteter jüdischer Kinder und Jugendlicher in Paris, wo sich seit 1933 der Hauptsitz der OSE befand, forderte das Selbstverständnis der Organisation heraus. Hatte sie zuvor hygienische Aufklärung und medizinische Versorgung in die jüdischen Armenviertel der Stadt gebracht, so begegnete sie jetzt einer völlig veränderten Herausforderung. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sie Strukturen für die Unterbringung und Versorgung Tausender schutzloser Minderjähriger. Zu diesem Zweck gründete die OSE in Frankreich eigene Heime, die bis Kriegsbeginn weitgehend klassische Betreuungs-, Erziehungs- und Ausbildungsfunktionen übernahmen. Nach der Besetzung Frankreichs durch die deutsche Wehrmacht wandelte sich die Tätigkeit der Organisation wiederum. Nun wurde die OSE auch in den französischen Internierungslagern tätig und etablierte klandestine Strukturen im Rahmen der Résistance. So beteiligten sich Mitarbeiter*innen an der Befreiung von Minderjährigen aus den Lagern, an deren dezentraler Unterbringung in Familien, Anstalten und Klöstern, an der Beschaffung von Auswanderungspapieren und an illegalen Grenzübertritten in die neutrale Schweiz.

Die Tätigkeit der Ärzt*innen, Pädagog*innen und Sozialarbeiter*innen in den Heimen der OSE ist zunächst einmal mit guten Gründen als Hilfe zu bezeichnen. So handelte es sich bei der Beziehung zwischen den Helfenden und den geflüchteten Minderjährigen um kein reziprokes Verhältnis auf Augenhöhe. Auch ist zweifelhaft, ob Erwachsene und Kinder ein gemeinsames Ziel verfolgten – auch wenn argumentiert werden könnte, dieses Ziel sei das Überleben möglichst vieler Menschen gewesen. Der Begriff der Solidarität scheint zunächst also fehl am Platz, um die beobachteten Mechanismen sozialen Zusammenhalts zu verstehen, zumal auch die Akteur*innen selbst nur selten von „Solidarität“ sprachen.

Dennoch hat die quellengestützte Auseinandersetzung mit den alltäglichen Praktiken gezeigt, dass die Tätigkeit der OSE im Konzept der Hilfe allein nicht aufgeht. Unter den hastig eingestellten Mitarbeiter*innen befanden sich etwa auch kommunistische Pädagog*innen wie Ernest Jouhy, selbst als Jude verfolgt. Jouhy und die anderen Mitarbeiter*innen des Heims „La Guette“ waren bestrebt,

dieses Haus als „Kinderrepublik“ zu führen, in der ein gleichberechtigtes Zusammenleben und die auf demokratischen Prinzipien beruhende Gestaltung des Alltags samt Kinderparlament, eigener Zeitung und gewählten Funktionsträger*innen möglich sein sollte. Hier bestand also zumindest der Versuch, auf Augenhöhe an der Konzeption einer lebenswerten Zukunft zu arbeiten.

Zum anderen aber – und das ist entscheidender – spricht einiges dafür, dass sich auf einer anderen Ebene eine Reihe an solidarischen Beziehungsmustern entwickelte, nämlich zwischen den Helfenden selbst. Sie etablierten in ihrer täglichen Arbeit ein Netzwerk aus jüdischen und nicht-jüdischen, teils selbst verfolgten Männern und Frauen unterschiedlicher nationaler Herkunft, religiöser Bekenntnisse und politischer Überzeugungen. Ihre Tätigkeit adressierte über die konkrete Hilfeleistung hinaus außerdem weitergehende Ziele, etwa den Widerstand gegen ein verbrecherisches Regime und die Bewahrung vermeintlich überkommener Werte und Normen. Wenn die Mitarbeiter*innen den Alltag in „La Guette“ organisierten oder geeignete Verstecke für die verfolgten Minderjährigen suchten, dann handelten sie deshalb solidarisch. Solidarität in diesem Sinn meint eben jenen eingangs geschilderten Versuch, gemeinsam über den Einzelfall hinaus zu wirken. Zunächst ging es um den Schutz basaler Menschenrechte in einer Gemeinschaft, deren Regeln bewusst als Alternative zu den autoritären faschistischen Regimen gedacht waren, vor denen die Kinder und Jugendlichen hatten fliehen müssen. Zugleich hielten die in ein breites Netzwerk von Hilfsorganisationen eingebetteten Akteur*innen an einer inter- und transnational strukturierten Zivilgesellschaft der 1920er Jahre fest – und entwickelten nicht zuletzt auch neue Perspektiven für eine bessere Zukunft.

raum: Neue Initiativen entstanden, bereits existierende Strukturen öffneten sich für Geflüchtete, die Stadtverwaltung übergab Verantwortlichkeiten und unterstützte viele Projekte auch finanziell. Die sogenannte „Willkommenskultur“ war auf ihrem Höhepunkt, die Medien voll von positiven Berichten über erfolgreiches ehrenamtliches Engagement. Im Jahr 2015 entstand ein vielfältiges Netzwerk, in dem bereits bestehende Strukturen, aber auch neue Initiativen koexistierten, sich ergänzten, aber auch in Konflikt miteinander gerieten. Unterschiedliche Aktivitäten und Bedürfnisse wurden von ehrenamtlicher Arbeit abgedeckt – von Unterkunft, Mobilität, Rechtsberatung über Sprachkurse bis zu beruflichen Fortbildungsmaßnahmen.

In den dahinterliegenden Praktiken, die Gegenstand der soziologischen Untersuchung sind, zeigt sich vor allem deren Varianz und Pluralität. Sie reichen von karitativer, individueller Hilfe zu politischem Protest, von emotionaler, persönlich involviertem Beistand zu distanziert-professioneller Unterstützung – meist aber überlappen sich die verschiedenen Aspekte, und es ist nicht möglich, die Praktiken mit eindeutigen Begriffen wie „Hilfe“ oder „Solidarität“ zu beschreiben und danach zu klassifizieren. Die empirische Realität ist komplexer. Sicher ist: Auch wenn die Akteur*innen selbst selten von „Solidarität“ sprechen, so werden mit der Einordnung in die Kategorie „Hilfe“ die den Praktiken z. T. inhärenten solidarischen Momente, die auf eine Veränderung der Strukturen oder eine Erweiterung der Handlungsmacht zielen, unsichtbar gemacht.

Es gilt also, die empirische Vielfalt an Praktiken ernst zu nehmen und die Spannungsfelder hinsichtlich eines Konzepts von Solidarität zu durchdringen. Dabei liegt das Augenmerk auf der Beziehungsweise (vgl. Adamczak 2017, S. 239ff.), also darauf, *in welcher Form* zwei oder mehr Akteure aufeinander Bezug nehmen. Mit diesem Zugriff, der das Beziehungsgeschehen selbst fokussiert, wird zum einen nachvollziehbar, dass Solidarität sich immer in der Praxis selbst realisiert, und zum anderen, dass sie sich dabei immer auch in die in der Gesellschaft wirkenden Widersprüche verstrickt: So sind auch Beziehungsweisen zwischen zwei oder mehr Akteuren von diversen Ungleichheiten und Asymmetrien durchzogen. So wirkten auch in solidarisch intendierten Praktiken Machtverhältnisse, Ressourcenlagen, Paternalismen und Rassismen. Die Ausgestaltung der konkreten Beziehungsweise steht damit zuerst im Fokus. Welche Handlungsmacht haben Geflüchtete beispielsweise in der Interaktion mit Helferkreismitgliedern? Können sie hier trotz unterschiedlicher Ressourcenlagen auf Augenhöhe agieren? Inwieweit wirken latente Rassismen? Wie ist das Handeln der Beteiligten von außen beeinflusst? So bewirken gerade die Zwänge des Asylsystems häufig schnellen Handlungsbedarf, ohne dass Geflüchtete die Chance haben, ihre Perspektiven oder Wünsche einzubringen. Ähnliches zeigt sich auch an anderen Beispielen: Oft sind nicht-egalitäre Praktiken sehr effektiv (wie z. B. die paternalistische Organisation des Kirchenasyls) und führen zum gewünschten

4 Solidarität, Unterstützung und Transformation im 21. Jahrhundert

Ähnliche Mechanismen lassen sich für den sogenannten „Sommer der Migration“ beobachten, wenngleich die Ereignisse selbst nur bedingt vergleichbar sind. Ein Blick auf die Szenen vom Münchner Hauptbahnhof im Herbst 2015, als an einem Wochenende mehr als 20 000 Geflüchtete ankamen, zeigt, wie die hier entstehenden Hilfsaktionen zum Symbol für eine neue Solidarität werden konnten. Aufgrund der großen Zahl der ankommenden Menschen herrschte Ausnahmezustand: Die staatliche Versorgung konnte die Bedarfe nicht decken, und die Zivilgesellschaft sprang ein. Ehrenamtliche und Aktivist*innen arbeiteten mit Wohlfahrtsverbänden und Polizist*innen zusammen, um den Geflüchteten eine menschenwürdige Ankunft zu ermöglichen. In dieser Zeit öffnete sich ein Möglichkeits-

Ziel (dem Aufenthalt) – dadurch aber werden Geflüchtete (weiterhin) in Handlungs- oder Entscheidungsspielräumen beschränkt und unsichtbar gemacht.

Des Weiteren lassen sich unterschiedliche Ausprägungen der transformativen Kraft der untersuchten Praktiken aufzeigen. Viele der Praktiken besitzen gesellschaftliche Integrationsfunktion und fördern den Zusammenhalt und ein friedliches Zusammenleben. Intensive Einzelfallhilfe beispielsweise durch Nachhilfe fördert Prozesse der Selbstermächtigung und schafft Orte der Begegnung. Solidarische Praktiken aber haben ein darüber hinausweisendes, kritisches oder transformatives Potenzial, was sie von anderen Formen der Hilfe und Unterstützung unterscheidet. Am deutlichsten sichtbar wird dies am Beispiel von Aktivist*innen, die für die Interessen vulnerabler Gruppen eintreten, indem sie für offene Grenzen und sichere Fluchtwiege demonstrieren und die politische bzw. juristische Ebene adressieren. Eine klare Grenze aber ist auch hier wieder schwer zu ziehen: Inwiefern zieht dieser Kampf auch konkrete Handlungen und Folgen (jenseits der Beeinflussung von Diskursen und einer Sensibilisierung für Themen) nach sich? Sowohl helfende als auch aktivistische Praktiken bewegen sich zwischen konkreter Unterstützung und abstrakter Kritik, sie changieren zwischen partikularen und universalen Ansprüchen. Dabei bewegen sie sich stets in einem Kontinuum zwischen strukturerhaltender „Unterstützung“ und dem Drängen nach struktureller Veränderung.

Für ein kritisch-transformatives Moment ist es wichtig, nicht nur die identifizierten Mängel zu beheben, sondern v.a. deren Ursachen in Angriff zu nehmen, also auf eine politische Ebene zu zielen. Sonst besteht die Gefahr der Vereinnahmung, wie sich an den Praktiken im und nach dem „Sommer der Migration“ zeigen lässt: Zivilgesellschaftliche Akteure sprangen für den Staat ein, wobei deren Solidarität potenziell als „unbezahlte Gratisressource“ (Dörre et al. 2014, S.114) genutzt wurde. Diese Auslagerung staatlicher Aufgaben auf ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen kann dazu führen, dass bestehende Probleme nicht mehr politisch gelöst werden. Statt Ungleichheit erzeugende Strukturen zu thematisieren und nach Lösungen zu suchen, stopfen Hilfe und Solidarität dann als Lückenbüsserinnen die Löcher der staatlichen Versorgung.

5 Fazit

Die bisherigen Forschungen im Projekt haben gezeigt, dass die so häufig an- und ausgerufene Solidarität komplexer und begrifflich schwieriger zu untersuchen und zu bestimmen ist, als gemeinhin vermutet wird. Denn Solidarität ist nicht einfach „gut“, ebenso wenig direkt erkennbar

und nicht immer klar abzugrenzen von anderen Praktiken wie beispielsweise der Hilfe. Eine vorschnelle Begriffsbestimmung, die den erkennbaren Spannungsfeldern, Kontinuen und Ambivalenzen, die gerade in den Praktiken deutlich werden, nicht Rechnung trägt, verkürzt das Verständnis von Solidarität und nimmt die Varianz und Pluralität von solidarischen Praktiken nicht ernst. Das Projekt schärft den Blick für die Chancen und Grenzen des Solidaritätsbegriffs und lenkt ihn insbesondere auf das weite Feld umkämpfter solidarischer Praktiken – lokal, national und global.

So soll schließlich auch eine Reformulierung des Verhältnisses von Normativität und Politik angestrengt werden, das durch die Reflexion solidarischer Praktiken entscheidend erweitert wird. Denn Solidarität wird als gesellschaftlicher Motor zur Transformation verstanden, der politische Diskurse öffnet, erweitert und an ihnen partizipiert. Bedeutsam ist das Potenzial solidarischer Praktiken, strukturelle Ursachen, politische Verhältnisse und Ausschlüsse etc. zuallererst sichtbar zu machen und ihre Relevanz für einzelne Notlagen oder Ungerechtigkeiten in die gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen aktiv miteinzubeziehen (z.B. die Stimmen von Geflüchteten und die Zwänge, denen sie unterliegen, überhaupt in den politischen Diskurs zu bringen). In dieser Konzeption besteht die Möglichkeit, Hilfe und Solidarität voneinander abzugrenzen: Während erstere primär auf die Überwindung eines prekären Zustands zielt, will letztere diese Überwindung auch strukturell-politisch angehen und weist damit über den besonderen Einzelfall hinaus. In der Praxis – so zeigt die Empirie – sind die Übergänge allerdings fließend, und so ergeben sich verschiedene Spannungsfelder, die sich nicht ohne Weiteres auflösen lassen. Da sich in der Solidarität gesellschaftliche Verhältnisse zwangsläufig spiegeln, reichen die Beziehungsweisen in solidarischen Praktiken von egalitär-wechselseitigen zu hierarchisch-einseitigen Verhältnissen. So stellen sich Fragen danach, ob Solidarität bevormundend sein darf oder ob nur Praktiken, die Beziehungen auf Augenhöhe verwirklichen, als solidarisch beschrieben werden können. Ebenfalls befinden sich solidarische Praktiken im Spannungsfeld zwischen partikularen und universalen Ansprüchen, da stets das Verhältnis von besonderen Einzelfällen (z.B. der solidarischen Unterstützung eines Geflüchteten bei der Wohnungssuche) und allgemein-politischen Fragen (z.B. politische Forderungen nach verbesserten Zugängen zum Wohnungsmarkt für Geflüchtete) mitverhandelt wird. Schließlich ist begrifflich auch nicht eindeutig festzulegen, ob Solidarität ausschließlich als Motor gesellschaftlicher Transformation beschrieben werden kann, da sie oftmals auch als Nothilfe in Krisenzeiten fungiert, die beispielsweise staatliche Aufgaben temporär oder gar dauerhaft auffängt und mit der Gewährleistung von Grundversorgungen beschäftigt ist.

Was bei allen begrifflichen Schwierigkeiten und Differenzierungen jedoch durchscheint: Solidarität, tatsäch-

lich ernst gemeint, kann keine bloße Worthülse sein. Sie muss praktisch werden und sich in die politische Aushandlung unseres Zusammenlebens kritisch und transformativ einschalten. ■

LITERATUR

Adamczak, B. (2017): Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Frankfurt a. M.

Bayertz, K. (1998): Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hrsg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt a. M., S. 11–53

Bösch, F. / Moine, C. / Senger, S. (Hrsg.) (2018): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen

Bude, H. (2019): Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee, München

Dörre, K. / Ehrlich, M. / Haubner, T. (2014): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit, in: Aulenbacher, B. / Riegraf, B. / Theobald, H. (Hrsg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime. Care: Work, Relations, Regimes, Baden-Baden, S. 107–125

Heindl, A. / Stüber, K. (2019): Die Pluralität von Solidaritäten und Formen der Kritik, in: SWS-Rundschau 59 (4), S. 352–370

Heim, C. (2018): Botschafter der Revolution. Das transnationale Kommunikationsnetzwerk zwischen der Frente Sandinista de Liberación Nacional und der bundesdeutschen Nicaragua-Solidarität 1977–1990, Berlin

Scholz, S. (2008): Political Solidarity, University Park PA

AUTORINNEN

SOPHIA DAFINGER, Dr., Akademische Rätin auf Zeit, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg. Forschungsschwerpunkte: Wissensgeschichte des Luftkriegs, Geschichte des Humanitarismus. Geschichte des Nationalsozialismus.

@ sophia.dafinger@philhist.uni-augsburg.de

EVA FLEISCHMANN, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Stephan Lessenich, Institut für Soziologie, LMU München. Promotionsvorhaben im Rahmen des BMBF-Projekts „Praktiken der Solidarität“. Forschungsschwerpunkte: Soziologie sozialer Ungleichheit, Arbeits- und Industriesoziologie, Gender Studies.

@ e.fleischmann@soziologie.uni-muenchen.de

KAROLIN-SOPHIE STÜBER, M. A., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Prof. Michael Reder, Hochschule für Philosophie München. Promotionsvorhaben im Rahmen des BMBF-Projekts „Praktiken der Solidarität“. Forschungsschwerpunkte: Sozialphilosophie, Politische Philosophie und Ethik, Gerechtigkeits- und Machttheorien.

@ karolin-sophie.stueber@hfph.de